

MAZEDONIEN

Land in der Falle

Seit 18 Jahren blockiert Griechenland wegen eines bizarren Namensstreits die Nato- und EU-Ambitionen der Regierung in Skopje. Der Dauerzwist bedroht den inneren Frieden der Balkan-Republik. Ein neuer Präsident soll nun den Weg aus der Krise weisen.

Im Schatten eines Zweieinhalbtausender-Gipfels an der nordgriechischen Grenze liegt das Dorf Ahlada. 400 Einwohner leben hier rund um eine schnee-weiße Kirche. Im Café am Hauptplatz lässt ein Häuflein Alter schweigend Holzperlenketten um die Handrücken kreisen.

Eine verschlafene griechische Idylle, auf den ersten Blick. Zu osmanischer Zeit allerdings hieß Ahlada noch Krusoradi, getauft nach dem slawischen Wort für Birnbaum. Als Folge des Zweiten Balkan-Kriegs 1913 erst ist das Dorf Griechenland zugeschlagen und umbenannt worden – damals, als die historische Region Mazedonien unter Griechenland, Serbien und Bulgarien aufgeteilt wurde. Dieser Teil der Geschichte Ahladas wird sorgsam gehütet.

Fremde, die sich dem zweistöckigen Anwesen am Ende des Kirchwegs nähern, ernten misstrauische Blicke. Das Gebäude steht leer seit mehr als einem halben Jahrhundert. Der frühere Hausherr, so bezeugt es ein Kriegerdenkmal, fiel im Jahr 1940 beim griechischen Kampf gegen das faschistische Italien: Nikos Gruios, heißt es da, gab sein Leben „für die Heimat“.

Das wäre kaum erwähnenswert, hätte nicht Nikola Gruevski, der Enkel des Gefallenen, im Sommer 2008 einen Brief an die Regierung in Athen geschrieben. Er forderte darin die offizielle Anerkennung einer slawisch-mazedonischen Minderheit in Griechenland und die Rückübertragung des Eigentums Slawischstämmiger, die nach 1945 aus Griechenland flohen.

Der Brief sorgte für Aufsehen, vor allem weil Nikola Gruevski ihn schrieb. Der Enkel des für Griechenland gefallenen Nikos Gruios ist Premierminister des Nachbarstaats – der Republik Mazedonien.

Das heißt, genauer: Premierminister der „Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien“. Denn so wird der Zwei-Millionen-Einwohner-Staat bis heute auf griechischen Druck hin genannt – bei Sitzungen der Vereinten Nationen, bei EU- und Nato-Beitrittsverhandlungen.

Seit 1991 bereits, seit die Republik sich für unabhängig er-



klärte, schwelt der Streit um Mazedonien. Europas Stiefkind wird demnächst volljährig, das Gerangel um seinen endgültigen Namen aber ist noch nicht entschieden.

Wahre Mazedonier, so verlautet aus Athen, leben nämlich nur südlich der Grenze; sie sprechen Griechisch und sind Nachfahren Alexanders des Großen. Und deshalb dürften Slawen, die erst etwa tausend Jahre nach der Glanzzeit der mazedonischen Königsdynastie den geschichts-trächtigen Boden zu besiedeln begannen, sich heute nicht einfach Mazedonier nennen – nicht drüben, auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, und schon gar nicht in Griechenland selbst. Der Athener Regierungschef Kostas Karamanlis hat das im Sommer noch einmal betont: „Es gibt



Kandidat Ivanov, Premier Gruevski: „Klassische Erpressung“

keine ‚mazedonische‘ Minderheit in Griechenland. Und es hat nie eine gegeben.“

Muss sich also der Regierungschef in Skopje aus Athen belehren lassen, dass es Menschen wie seine Vorfahren, seinen Vater und Großvater, gar nicht gegeben haben kann? Slawen, die im griechischen Teil des historischen Mazedonien groß wurden und auch noch später, mit aufgezwungenem griechischen Familiennamen, ihrer Muttersprache treu blieben?

Die Antwort sei einfach, sagt Nikola Gruevski im Regierungsgebäude von Skopje: „Gäben die Griechen zu, dass bei ihnen slawische Mazedonier leben, so wäre klar, dass wir uns auch Mazedonier nennen dürfen. Deshalb geben sie es nicht zu. Nur, was wäre, wenn wir als EU-Anwärter mit Minderheiten so umgehen wie das EU-Mitglied Griechenland?“

Gruevski, 38 Jahre alt, ist ein eher robuster Verfechter der slawisch-mazedonischen Sache. Und trotzdem schlau genug, nicht die eigene Familiengeschichte zu bemühen als Argument in einem Streitfall, der seit Jahren Politiker von Uno, Nato und EU beschäftigt. „Das Problem an sich“ müsse gelöst werden, das der Griechen mit ihrem Geschichtsbild. Die alteingesessene slawische Bevölkerung, zumeist auf Seiten der Kommunisten im Bürgerkrieg bis 1949, findet darin keinen Platz.

Der Gründungsmythos des modernen Griechenland fußt ja auf der Idee von einer monoethnischen Nation. Weg vom Völkergewirr der byzantinischen und osmanischen Zeit, zurück zu Reinheit und Ruhm der Antike – „ein Heldenstaat, in lotrechter Linie zurückgehend auf Perikles und Sokrates“, wie Sprecher der slawischen Minderheit in Griechenland spotten.

Noch vor hundert Jahren allerdings hätten auch auf die Gegend rund um Thessaloniki Attribute gepasst, die die stolzen Griechen heute ihrer ungeliebten Nachbarrepublik anheften: dass es dort „Nüsse von tausend Bäumen“ gebe, ein farbiges Völkergemisch eben. „Macedonia di frutta“, wie die Italiener sagen: Fruchtsalat.

Mazedonien war an der Wende zum 20. Jahrhundert Sprengsatz und Zankapfel im südlichen Balkan, Heimstatt antiosmanischer Auführer, Attentäter und Nationalisten jeder Couleur. Als Hauptquartier nutzten sie Thessaloniki – die kosmopolitische, bis zum Ersten Weltkrieg mehrheitlich von Juden besiedelte Hafenstadt.

Der aktuelle Mazedonien-Streit, sagt der griechische Soziologe Michael Kelpanides, diene im Athener Kalkül vor allem dem Wählerfang und der Ablenkung von den wahren Problemen im Land. Griechenland, auch 28 Jahre nach EU-Beitritt noch größter Nettokassierer der Gemeinschaft, wird bei der Staats-



Proteste griechischer Mazedonien-Gegner: Zurück zu Reinheit und Ruhm der Antike



Pro-Mazedonien-Feier in Skopje: Weder Bulgaren noch Serben, Griechen oder Albaner

verschuldung nur von Italien übertroffen. Der griechische Durchschnittslohn entspricht dem polnischen, bei Korruption und Analphabetenquote zählen die Griechen im EU-Vergleich zu den am schlechtesten Plazierten.

Als gelte es trotzdem unvermindert, das Erbe hellenischer Götterkinder gegen Barbaren slawischer Zunge zu verteidigen, fordern die Griechen im Namensstreit Unterordnung ihres nördlichen Nachbarn. Und nehmen dabei EU- wie Nato-Verbündete in Geiselhaft. Der vor allem von den USA unterstützte Wunsch der Gruevski-Regierung in Skopje nach einem Nato-Beitritt scheiterte beim Bukarester Gipfeltreffen 2008 am Veto Griechenlands.

„Seitdem ist uns klar, dass wir nichts mehr zu verlieren haben“, sagt Mazedoniens Premier: „Was da passiert, ist klassische Erpressung.“ Und deshalb setzt Gruevski samt Regierungskollegen und nachgeordneten Chargen seiner nationalistischen Partei VMRO neuerdings auf schrankenlose Gegenoffensive. Mit aller Macht will er beweisen: In einem Land vor unserer Zeit zwar,

aber immerhin auf unserem Boden, wurde Weltgeschichte geschrieben.

Auf Schritt und Tritt umgeben Mazedoniens Regierungschef nun Hinweise auf die glanzvolle Vergangenheit des Landstrichs, den er regiert. Marmorbüsten, Bronzehelme und Geschmeide zieren die Lobby vor seinem Büro in Skopje. Das benachbarte Fußballstadion wurde gerade zu Ehren von König Philipp II. umbenannt. Alexander dem Großen, Philipps Sohn, sind bereits der Flughafen von Skopje und die Autobahn Richtung Griechenland gewidmet. „Trost in der Vergangenheit“ zu suchen zeuge von mangelnden „Visionen für die Zukunft“, spottet der scheidende Bürgermeister von Skopje, Trifun Kostovski.

Doch auch er hat mit seinen Visionen Schiffbruch erlitten. Sein Skopje der Zukunft ist noch im Bau. Da entstehen zwischen Wellblech-Slums und tristen Wohnblöcken hellenistische Heldenstatuen; da ehren Albaner ihren Nationalhelden Skanderbeg, während Christen der in Skopje geborenen Mutter Teresa mit einem architektonischen Bastard aus Feldstein und

Glas huldigen. Und die Roma aus dem Topana-Viertel sitzen mittendrin – auf der Steinernen Brücke, beim Hüchenspiel.

Was hält einen Staat wie das junge Mazedonien zusammen? Einen Staat mit einem Dutzend Völkerschaften im Inneren und wenig Freunden draußen? „Entscheidend ist“, urteilt der Historiker Stefan Troebst über die verspätete Nationwerdung der neuzeitlichen Mazedonier, „dass sie wissen, wer sie nicht sein wollen, nämlich weder Bulgaren noch Serben, und schon gar nicht Griechen oder Albaner.“

Selbst dieser kleinste gemeinsame Nenner aber ist gefährdet. 30 000 bulgarische Pässe sollen in der Zwei-Millionen-Einwohner-Republik bereits in Umlauf sein – Faustpfand für freies Reisen in Länder der EU. Dass auch der Ex-Premier und Anführer des nationalen Lagers, Ljubčo Georgievski, inzwischen mit bulgarischem Pass unterwegs ist, sorgt bei Kritikern des neuen Mazedonien für beißenden Spott. Und die 500 000 ethnischen Albaner im Land fühlen sich ohnehin traditionell ihren Stammesgenossen in Albanien, Serbien und in Kosovo enger verbunden als dem slawischen Mehrheitsvolk Mazedoniens.

Armut verstärkt die Fliehkräfte. Mit einem Durchschnittsverdienst von monatlich 276 Euro netto ist Mazedonien inzwischen selbst nach regionalen Maßstäben zum Sorgenkind geworden. Da wirkt es für die Einwohner von Skopje wenig tröstlich, dass am Hügel hinter ihrer osmanischen Festungsrue derzeit ein hundert Millionen Dollar schwerer Komplex entsteht, der aussieht wie die Balkan-Filiale von Fort Knox.

Hohe Mauern, Straßensperren, Überwachungskameras und angeblich 10 bis 15 Stockwerke unterirdisch: Die neue US-Botschaft ist ein Beton gewordenes Bekenntnis der Geopolitiker in Washington zur kleinen gebeutelten Balkan-Republik Mazedonien. Und ein Zeichen der Hoffnung für deren Bewohner.

Denn im globalen Wettstreit um Erdöl und Gas aus dem Kaspischen Meer setzen Amerikaner wie Europäer auf Transportwege, die durch russische Kontrolle oder Engpässe am Bosphorus nicht gefährdet sind. Von Bulgariens Schwarzmeerküste aus soll schon bald Öl durch Mazedonien Richtung Mittelmeer gepumpt werden.

Die große US-Botschaft werde „vermutlich die Geheimdienstzentrale für die ganze Region, die Ergänzung zum militärischen Stützpunkt, den sie mit ‚Camp Bondsteel‘ drüben in Kosovo haben“, sagt Ljubomir Frčkoski. Der smarte Politiker, Typ Weltmann auf Durchreise, sitzt im Café Roma von Skopje und erklärt, was anders werden wird, sobald er der nächste Präsident von Mazedonien ist. Nach den Wahlen am kommenden Sonntag.

Es gehe jetzt darum, Mazedonien aus seiner Isolation zu befreien. „Wir sitzen fest, während sich um uns herum alles bewegt“, sagt Frčkoski: „Bulgarien und Ru-

mänien sind in der EU, Albanien ist Nato-Mitglied.“ Mazedonien brauche eine Lösung für den Streit mit Griechenland. Und wer anders als er könne das Stiefkind Europas auf den rechten Weg bringen? „Ich bin ja quasi der Vater“, sagt Frčkoski: „Ich habe die erste Verfassung geschrieben und war am Abkommen nach dem Konflikt mit den Albanern 2001 beteiligt.“

In der verschneiten Albaner-Hochburg Tetovo sitzt dieser Tage ein weiterer Kandidat und spielt geduldig die rechte Hand seines Herrn: Agron Buxhaku von der Albaner-Partei DUI weiß, dass er bei der Präsidentenwahl nur Staffage ist. Das große Wort im Albaner-Lager führt der Mann an seiner Seite: Ali Ahmeti. Von den USA noch Anfang 2001 wegen Terrorverdachts an den Pranger gestellt, stieg er noch im selben Jahr zum Mitarchitekten des Rahmenabkommens von Ohrid auf. Es setzte blutigen Kämpfen zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern ein Ende.

Solange die Rechte der Albaner, die ein Viertel der Bevölkerung stellen, geachtet würden, gebe es keine Probleme, sagt Ahmeti mit undurchdringlichem Blick. Komme es hingegen anders, genüge es, „alle albanischen Vertreter an einen Tisch“ zu bringen und zum Boykott zu bewegen – schon sei das Land lahmgelegt.

Einig sind sich alle Lager in den Tagen vor der Präsidentenwahl darüber, dass der Streit mit Griechenland beigelegt werden muss. Zur Wahl stehen zwei Strategien – Unnachgiebigkeit oder Kompromissbereitschaft. Die harte Linie vertritt der aussichtsreiche Kandidat des Regierungslagers Gjorgje Ivanov. Befürworter einer versöhnlichen Politik Athen gegenüber kommen aus der Opposition. Sie wälzen Ideen, wie ihr Land künftig heißen könnte: Ober-Mazedonien, Nord-Mazedonien, Neu-Mazedonien, Republik Mazedonien (Skopje).

Wer Rat sucht vor dem vielleicht entscheidenden Schritt, kann das Orakel von Skopje befragen. Kiro Gligorov, 91 Jahre, empfängt noch immer kerzengerade in seinem Sessel. Der Alt-Partisan und Tito-Gefährte, letzter großer Überlebender aus der Zeit des jugoslawischen Politbüros und erster Präsident der unabhängigen Republik Mazedonien, hat auf diesem Flecken Erde zwei Weltkriege und fünf verschiedene Staatsformen erlebt.

Er hat Mazedonien, ohne dass ein Schuss gefallen wäre, aus dem jugoslawischen Staatsverband herausgelöst, ehe er selbst 1995 Opfer eines Attentats wurde. Als schmerzliche Erinnerung ist ihm, von einer Splitterwunde über dem rechten Auge, eine mehrere Zentimeter tiefe Narbe geblieben. Seine Landsleute müssten begreifen, sagt Gligorov: „Mazedonien ist alles, was wir haben.“

Für den Namensstreit mit den Griechen bedeute das: „Ich würde einen Kompromiss suchen.“

WALTER MAYR



THILO THELKE / DER SPIEGEL

Regimegegner Kyi: „Die Gerichtsverfahren sind eine Farce“

BURMA

Blanker Terror

Die Opposition ist machtlos, Regimegegner werden zu langer Haft verurteilt. Selten war die Junta so mächtig – auch wegen der zweifelhaften Wirkung internationaler Hilfe, klagen Exilanten.

Der Gipfel der südostasiatischen Staatengemeinschaft Asean sollte versöhnlich geraten. Im thailändischen Seebad Hua Hin präsentierten sich Ende Februar die Führer der zehn Mitgliedstaaten auf großer Bühne, Hände haltend, lächelnd. Gemeinsam verkündeten sie, dass das internationale Finanzsystem einer Reform zugunsten der Entwicklungsländer bedürfe und dass Protektionismus gegenwärtig keinen Deut weiterhelfe.

Dann aber kam es zum Eklat. Kambodschas Herrscher Hun Sen, der ehemalige Rote Khmer, und Burmas Premier Thein Sein drohten, ein Treffen mit Bürgerrechtlern platzen zu lassen, weil sie nicht an einer Diskussion mit Menschenrechtlern aus ihren eigenen Ländern teilnehmen wollten. Also wurden die schärfsten Kritiker ausgeschlossen – und die beiden umstrittenen Regierungschefs blieben.

Auf den Straßen Hua Hins demonstrierten daraufhin wütende Exilburmesen, die von dem Treffen auch eine Abrechnung mit dem verhassten Regime ihrer Generäle erwartet hatten. Denn die Junta veranstaltet derzeit eine regelrechte Treibjagd auf Oppositionelle und verurteilt sie zu teilweise absurd langen Haftstrafen.

„Daheim herrscht blanker Terror“, erklärt Khin Ohmar vom Hilfsbündnis Burma Partnership, das seinen Sitz in der thailändischen Grenzstadt Mae Sot hat. Nie hätten die Generäle fester im Sattel gesessen; wer sich am Aufstand der Mönche im September 2007 beteiligt habe, bekäme das besonders zu spüren.

Der Studentenaktivist Bo Min Yu Ko wurde im Januar wegen Verstoßes gegen das Immigrationsrecht und „Respektlosigkeit gegen die Nation“ zu 104 Jahren Haft verurteilt. Der Kabarettist U Maung Thura erhielt 45 Jahre, weil er im vorigen Frühjahr private Hilfe für Opfer des Zyklons „Nargis“ organisiert und die unzulänglichen Maßnahmen der Regierung kritisiert hatte. Der Mönch U Gambira kassierte 68 Jahre wegen seiner Teilnahme an der Safran-Revolution im September 2007, Burmas bekanntester Blogger Nay Phone Latt über 20 Jahre.

„Allein 2008 wurden 200 solcher Langzeiturteile gefällt“, sagt Bo Kyi von der Vereinigung zur Hilfe politischer Gefangener. „Die Verfahren sind eine Farce. Die Gefangenen haben so gut wie keine Rechte und keinen ordentlichen juristischen Beistand.“ Stattdessen seien kürzlich gleich vier Anwälte mit fadenscheinigen Begründungen verurteilt und zwei weitere wegen angeblicher Verschleppung von Verfahren eingelocht worden.

Bo Kyi hat sein Büro in Mae Sot mit Fotos von Inhaftierten tapeziert, mit Landkarten, auf denen alle 43 Gefängnisse und 50 Arbeitslager Burmas eingezeichnet sind, sowie mit Statistiken. Sie beziffern die politischen Gefangenen mit derzeit 2137, darunter 224 Mönche, 16 Abgeordnete, 233 Studenten und 462 Mitglieder der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), der Partei von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Rund die Hälfte wurde erst nach der Mönchsrevolte verhaftet.